

**Die Versorgung mit Kartoffeln.**

N Berlin, 21. April. (Priv. - Tel.) Oberbürgermeister Wermuth hat die Mitglieder des Vorstandes des deutschen Städtetages zu einer besonderen Sitzung am nächsten Sonnabend nach Berlin eingeladen. Es handelt sich um eine Besprechung der neuen Bundesratsverordnung über die Höchstpreise für Kartoffeln, die den Landwirten für spätere Lieferung zu gewährenden Zuschläge und die Verteilung von Kartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung durch die Städte. Auch die Frage der Ueberweisung des für die großen Städte erforderlichen Quantum aus den von der Regierung beschlagnahmten Beständen bedarf noch der Klärung. Die Städte sollen, wie wir gemeldet haben, für die Abgabe von Kartoffeln an die ärmeren Bevölkerungsschichten zu einem niedrigeren Preise, als ihn die Landwirte zu fordern berechtigt sind, Zuschüsse von der Regierung erhalten. Ueber die Frage, was man unter „minderbemittelten“ Volksschichten versteht, sind nun verschiedene Ansichten laut geworden. Es ist vorgeschlagen worden, alle Personen dazu zu rechnen, die nicht mehr als M. 2400 Jahreseinkommen haben. Von anderer Seite ist aber darauf hingewiesen worden, daß der gesamte Mittelstand sich heute in einer Notlage befindet und die Grenze für die Zuschuferteilung auf M. 3000 Jahreseinkommen festgesetzt werden sollte.